

fallen.

altene öffentliche
ndes Deutsche
die soeben hören,
den ungünstigen
olg gehabt. Zieht
etracht, so ist die
ezirksverband
werden konnte,
ehen.

n Oberpostdirek
dem Stande vom
ern, die in ihren
o. wünschten, wird
um 31. Dezember

bsichtlich im Laufe
langen.

ten.

gehen durch die
eitel.

ieder beten lernen
n. Einzel 30 Pfg.
her-Verlag, Witten.
der Hände wünscht,
te Gebet einfügen
Fr.

Predigten von Eie
che, Frankfurt a. M.
R.M.

Kirche oder Natur,
i, die sich selbst en
ingen. Fr.

Lebensbeschreibung
lag, Berlin-Lübars.

her Steffen Grellet
ie Fürstentümer der
nd Gelegenheit hat,

ein i. B.

ingt

pängt

d daheim,

n Heim.

oll,

o Klagen.

studieren,

zu verlieren;

ehrt,

beht.

an.

ür Jahr,

ns trotz der Not der

ummen und Sieden

der Liebe, gleichviel

ufo. ist uns will-

herzlichem Segens-

or Viktor.

Volmarlein-Ruhr.

amt Köln 29.490.

n alten Weihnachts-

Bethlehem, der auch

Heil bringt. „Dum

Kindern frohe Zeit.“

erzlich, uns gerade in

ern den Weihnachts-

herzlich willkommen.

eser Weihnachtszeit!

es Johannesstiles.

ich, Pastor.

Postfachkonto Rel-

in Hannover.

ner. Heute, Mon-

Ephrata“.

och nachmittag 3½

ein L. Trüffelt.

und Weltpolitik:

alle in Bethel.

Meln edter

r Vollstetkasc

1. T. kostet ab heute nur RM

Verand erfolgt nur in Post-

nn. Porto u. Verpackung frei.

irich Stotzka

molkerlei Jedwillein.

then. Tüßter Niederung.

graphen

der

hausstr. 3. Tel. 955

Bethel.

abzugeben Haus

fg., lofe in Säden

frei ins Haus. —

nkunft.

mit Auflegematr-

eben Schlosserei.

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.25 und
0.80 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Für
Ausland unter Streifenband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der
Einzelnummer 10 Pfg. Postfachkonto Hannover 67 577.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pf
Schluß der Anzeigen-Aufnahme nachmittags 3 Uhr. Postfach-
konto Hannover 67 577.

Nr. 289.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Mittwoch, den 10. Dezember 1930.

12. Jahrgang.

Wird dir dein Los zu schwer,
Schau, eh' du klagst, auf die andern;
Schwerer belastet als du
Muß mancher durchs Leben wandern.

Braun oder Brüning?

Das dem Zentrum sehr nahe stehende „Staatsblatt“ schreibt:
Es ist grotesk, aber es ist so: nicht Volk und Staat,
nicht Wirtschafts- und Arbeitslosennot stehen im Vor-
dergrund und beherrschen das politische Feld, sondern
— die Sozialdemokratie. Es gibt kaum eine Frage, in
die nicht entscheidend hineinspielt der Kampf um den
Einfluß und die zukünftige Stellung dieser Partei. Das
scheint uns unerträglich und höchst bedenklich, sowohl im
Hinblick auf die Lösung der Notaufgaben, die uns dieser
Winter stellt, als auch im Hinblick auf die allgemeine
Entwicklung. Wir stimmen nicht ein in die allgemeine
Kampfpasche der Rechten: gegen den Marxismus, weil
dahinter nackte Macht- und Interessenpolitik und brutal
sozialreaktionäre Tendenzen stehen. Wir machen aber
auch keinen Hehl daraus, gegen den übermächtigen Ein-
fluß der Sozialdemokratie zu sein, einen Einfluß, der
ihre wirkliche Bedeutung für Volk und Staat weit über-
steigt. Zudem haben ihre Unzulänglichkeit und Unfähig-
keit Schaden genug angerichtet, und ihr Einfluß auf die
geistige, kulturelle und religiöse Entwicklung in unserem
Volk hat sich geradezu verhängnisvoll ausgewirkt. Die
schöpferische Unfähigkeit des Bürgertums, seine Zerfäs-
senheit und Aufspaltung in Interessengruppen machten es
natürlich dem mächtigen Gegner leicht, zumal er in Preu-
ßen über eine auch jetzt noch vielfach unterschätzte Macht-
und Einflußbasis verfügt.

Die Regierung Brüning konnte eben nur mit Hilfe
der Sozialdemokratie ihr parlamentarisches Leben retten;
fürs erste. In ihrer Weiterexistenz ist sie von der
Sozialdemokratie abhängig. Die Regierung muß dafür
eine Gegenleistung zahlen. Daran ist nicht zu zweifeln;
schon jetzt kündigt die Sozialdemokratie ihre Forderungen
an. Diese Abhängigkeit auch dieser Regierung, die gebil-
det wurde gegen die Sozialdemokratie, nach einer ver-
hängnisvollen Führerlosigkeit unter dem Kabinett Her-
mann Müller, sie kann natürlich nicht ohne Wirkung
bleiben auf die Parteien, die sich hinter Brüning und des-
sen klaren Auftrag gestellt hatten. Die Landvolk-Partei
hat gegen die Regierung Stellung genommen; die Wirt-
schaftspartei hat sich diszipliniert, die Volkspartei ist auf
dem Wege dazu; und der Christlich-sozialistische Volksdienst
kündigt an, er werde das Kabinett nicht weiter stützen,
wenn Brüning die Sozialdemokratie Einfluß auf die Re-
gierungspolitik gewinnen lassen sollte. Es ist natürlich
klar, daß die Sozialdemokratie auf eine solche Aufspal-
tung der bürgerlichen Parteien, die hinter der Regie-
rung stehen, hinarbeitet.

Die Parteien von Hitler und Hugenberg stehen Brü-
ning radikal feindlich gegenüber, nachdem er Unterstüt-
zung bei der Sozialdemokratie gesucht hat. Etwas an-
deres war auch nicht zu erwarten. Hugenberg hat sich
eben erneut zu Hitlers Politik und Drittem Reich be-
kannt. Auch das war vorauszusehen. Nicht aber, daß es
zu kulturkämpferischen Auseinandersetzungen zwischen
Nationalsozialisten und Zentrum kommen würde. Hier
macht sich eine gefährlich gereizte Stimmung geltend, von
Tag zu Tag mehr. So scharf hat die Zentrums-Presse auf
die antikristliche und antichristliche Sozialdemokratie und
ihre zerfetzende Politik nie losgeschlagen, wie jetzt gegen
manche Äußerungen in nationalsozialistischen Reden
und Druckerzeugnissen. Man ist glücklich so weit, ein-
ander zu provozieren. Das bedauern wir. Denn im
Grunde sind auch die Nationalsozialisten scharfe Gegner
der antichristlichen Politik der Sozialdemokratie, die
diese durch die Koalition in Preußen seit Jahr und Tag
erfolgreich betreiben kann. Die christlichen Menschen im
bürgerlichen Lager sind hier gleichermäßen scharf gegen-
rüber eingestellt. Auch die christliche Arbeiterkraft; sie am
scharfsten sogar; es ist ihre christliche Weltanschauung,
die sie von der Sozialdemokratie und den freien Ge-
werkschaften trennt. Man darf nicht vergessen, daß es
eine der Hauptaufgaben Brünings war, in einer Regie-
rung ohne die Sozialdemokratie den Kampf gegen die
antichristliche marxistische Kulturpolitik einzuleiten.

Die Front wird jetzt total verschoben. Das ist das
Werk und ein Erfolg der Sozialdemokratie in Preußen.
Es ist ihr offensichtlich gelungen, die preußische Zentrums-
fraktion in eine auch kulturpolitisch total falsche Front
zu bringen. Natürlich mit der Parole, die Demokratie
müsse gerettet und Preußen im besonderen müsse vor

dem Radikalismus der Rechten geschützt werden. Vor ein-
paar Wochen noch demonstrierten Reichstags- und Land-
tagsfraktionen des Zentrums in geschlossener Front gegen
die Sozialdemokratie, besonders gegen ihre marxistische
Kulturpolitik. Braum ist es anscheinend gelungen, diese
Front zu sprengen und das Zentrum in Preußen wieder
eng und bedingungslos an die Sozialdemokratie zu fesseln.
Es ist ein Ablenkungsmanöver, wenn nun das Zent-
rum auf einen kulturpolitischen Kampf gegen einen
kulturpolitisch weit ungefährlicheren, im Grunde sogar
vermeintlichen Gegner, gegen die Nationalsozialisten, an-
gesetzt wird.

Das preußische Zentrum hat der Rückkehr Severings
und Grzesinski zugestimmt; der Reichskanzler wußte
nichts davon. Die Rückkehr dieser beiden bedeutet
Kampf gegen die Nationalsozialisten. Severing hat das
offen erklärt und die Sozialdemokratische Presse tut es
tagtäglich. Die Sozialdemokratie braucht diesen Krieg.
Sie braucht ihn, um über eine gefährliche Schwäche-
periode hinweg zu kommen. Ihr Mißerfolg bei den Wahlen
ist nur ein schwaches äußeres Zeichen, daß der Boden
brüchig geworden ist, auf dem sie steht. Der Krieg gegen
die „Faschisten“, die Parole: rettet die Demokratie! sol-
len die skeptisch und schwankend gewordenen Massen
aufpeitschen und wieder an die Stange bringen. Das ist
parteilich geschickt gemacht. Aber daß sich das Zent-
rum zwingen läßt, diesen Parteikrieg ihres kulturpoli-
tisch gefährlichsten Gegners mitzumachen, das ist schwer
begreiflich. Noch unbegreiflicher ist es, wenn es der So-
zialdemokratie gelingen sollte, diesen ihren Parteikrieg
dem ganzen Volke aufzuzwingen und ihn zum Zentral-
punkt aller Politik zu machen.

Der preußische Ministerpräsident Braun hat die Füh-
rung an sich gerissen. Es ist ihm gelungen, das Zentrum
wiederum zu spalten, und er hat damit auch das Reichs-
kabinett praktisch in der Hand. Entzieht er Brüning die
Unterstützung der sozialdemokratischen Reichstagsfrak-
tion, dann ist Brüning am Ende. Denn durch den Par-
teikrieg gegen die Rechte, Seite an Seite mit dem Zent-
rum, macht er jede andere Regierungskombination für
Brüning unmöglich. Würde sich Brüning aber entschließen,
ohne den Reichstag zu regieren, so ist anzunehmen, daß
Braun das gleiche Recht für sich in Anspruch nehmen
würde. Severing mit der preußischen Polizei würde die-
sem Anspruch ein sehr reales Gewicht geben können.
Ohne Zweifel glaubt Braun, daß in einem solchen Falle
die Preußenfraktion des Zentrums bei der Stange blei-
ben würde. Woraus sich ergibt, daß heute der Reichs-
kanzler keinerlei Druck mehr auf die Sozialdemokratie
in Preußen ausüben kann. Umgekehrt aber hat Braun
mit Hilfe der Sozialdemokratie im Reich das Kabinett
Brüning in der Hand; wenigstens solange, als es pa-
lamentarisch und verfassungsgemäß regieren will.

Die politische Entwicklung hat also eine entscheidende
Wendung genommen. Keine erfreuliche. Die Sozialde-
mokratie unter Führung Brauns bestimmt entscheidend
die Politik. Sie braucht, um eine Schwächeperiode zu
überwinden, einen scharfen Kampf gegen die Rechte. Und
sie zwingt das Zentrum in diesen Kampf hinein. Man
kann nicht sagen, daß diese Politik in unserer äußerst ge-
spannten inneren Lage von Vorteil ist. Natürlich erklärt
die Sozialdemokratie, sie tue das, um Demokratie und
Verfassung zu retten. Aber das kann nicht über die Ge-
fahr hinwegtäuschen, die dieser verschärfte Kampf im
Inneren mit sich bringen muß. Daß gegen radikale Ge-
waltexperimente Front gemacht werden muß, gleich, wo-
her sie kommen, das ist klar. Aber es darf der Volk
nicht zum Gärtner gemacht werden. Das deutsche Volk
darf sich nicht einen verschärften inneren Krieg aufzwin-
gen lassen von einer Partei, die Privatgeschäfte damit
machen will, die selber mit einem Fuß im Lager des
Radikalismus steht. Es dürfen die praktischen Aufgaben,
die die Not des Winters an allen Ecken und Enden an uns
stellt, nicht überschattet werden von den Bedürfnissen
eines privaten Parteikrieges der Sozialdemokratie.
Ebenso verhängnisvoll wäre eine Verschiebung der kul-
turpolitischen Kampffront, wie sie bereits begonnen hat.

Die politische Führung darf jetzt nicht in die Hände
der Sozialdemokratie kommen. Sie ist nicht fähig zu
führen, jetzt weniger noch als gestern. Sie hat mit ihrer
Politik Fiasko gemacht und es ist für sie und das Volk
besser, wenn sie dafür die Quittung erhält; wenn ihre
Stärke und ihr Einfluß auf das ihr gebührende Maß
zurückgeschraubt werden. Diese gesunde Entwicklung zu
hindern, daran kann niemand ein Interesse haben; auch
nicht das preußische Zentrum. Wir sind überzeugt, daß
die Regierung im Reich, wenigstens die Mehrheit des Ka-
binetts, der gleichen Meinung ist. Und wir möchten Hoffen,

daß Brüning aus dieser Erkenntnis heraus handeln
wird. Das Gesetz des Handelns liegt immer nur bei eini-
gen Männern.

Wirtschaftsnot und Festbesoldete.

1923—1930.

Man vergleicht jetzt öfters die Wirtschaftsnot der bei-
den Jahre miteinander. Geschichtliche Ereignisse sind aber
keine Grammophonplatten, die von Zeit zu Zeit in glei-
cher Spielart aufgelegt werden. Die Platte „Wirtschafts-
not und Festbesoldete“ ist im Jahre 1930 so sehr beliebt.
Wer denkt aber noch daran, daß im Jahre 1923 unter
derselben Überschrift eine ganz andere Melodie gespielt
wurde?

Es ist durchaus menschlich, daß jeder von seinem
Standpunkt aus die Gesamtlage zu begreifen sucht. Wie
war daher die Lage für mich persönlich — und damit für
alle in ähnlichen Verhältnissen lebenden Festbesoldeten?

Drei Jahre Front als Infanterist und drei Jahre
Kriegsgefangenschaft, in der Zeit vom 17. bis zum 23. Le-
bensjahre. Bekanntlich ist das die Zeit, die derjenige, der
das Glück hat, in friedlichen Zeiten geboren zu sein, mit
aller Energie für die Gestaltung seiner persönlichen
Zukunft ausnutzt. Bei Menschen unseres Lebensalters,
insgesamt bei der Kriegsgeneration, trat die Person rest-
los zurück vor den Interessen der Nation. Für mich
waren das also 6 Jahre Notopfer. Da ich ja nun durch
die Kriegsgefangenschaft besonderes Pech hatte, durfte ich
einen Verdienstausfall von 3 Jahren opfern, unter der
Annahme, ich wäre mit meiner Verwundung im Jahre
1917, die mich g. v. machte, nicht in Gefangenschaft, son-
dern nach Hause gekommen. Bei meiner Heimkehr 1920
war ich trotz schwerster körperlicher und seelischer Leiden
für die Nation noch nicht im Remarquischen Sinne zer-
stört. Aber die „Nation“ hatte sich pflichtmäßig meiner
entledigt. Sie hatte mir einen schätzbaren Entlassungsan-
trag gegeben und die vorgeschriebenen Entlassungsgelder
ausgezahlt. Nun war ich ja „frei“, und konnte sehen,
wie ich weiter kam.

Da ich vor dem Kriege die Aufnahmeprüfung ins Se-
minar bestanden hatte, war mir mein Beruf vorgezeich-
net: Ich mußte auf die Schulbank und die vorgeschriebe-
nen Prüfungen erarbeiten.

Die Gründung des eigenen Hausstandes fiel in die be-
ginnende Zeit der Inflation im besetzten Gebiet. Stel-
lennot, Wohnungsnot — Gefinnungsnot! Und den Zög-
en heißen die Hunde, sagt der Volksmund. Wirtschafts-
notopfer bis zum Jahre 1924, da für uns Festbesoldete
die Rentenmark Befreiung brachte. 1914 bis 1924, das
macht also insgesamt 10 Jahre Notopfer. Schrittweise
ging man nun daran, den Haushalt aufzubauen. Raten-
zahlungen auf lange Sicht, von der Wirtschaft bereitwil-
lig gegeben, ermöglichen größere Anschaffungen wie
Möbel usw., geben also der Wirtschaft Beschäftigung,
denn der „Festbesoldete“ ist ja für die Einlösung seiner
Verpflichtungen sicher. Was sind 6 Jahre für den Aufbau
einer Existenz? Das verdiente Geld fließt restlos zurück
ins Wirtschaftsleben. Gegenüber den Anschaffungen an
Haushaltsgegenständen und Bekleidung nehmen die
Ausgaben für Lebensmittel bei bescheidenen, schlicht bür-
gerlichen Ansprüchen trotzdem einen verhältnismäßig ho-
hen Prozentsatz ein.

Kaum glaubt man aufatmen zu können, da bedroht
ein neues Schreckgespenst den Volkskörper: Deflation!
Direkt wird der Festbesoldete zunächst nicht getroffen.
Das Wort Not, Not geht in anderen Kreisen um, die bis-
her verschont waren. Sie erheben den Ruf: Weg mit den
Beamten! Herunter mit den Gehältern! Nehmen wir ein-
mal an, das erste wäre für einen Staat überhaupt mög-
lich, ist dann mit der Erfüllung des zweiten Rufes den
Rufenden aus Landwirtschaft und Industrie wirklich ge-
holfen?

Betrachte ich mir die Sache vom Standpunkt des Fa-
milienvaters: Weniger Einnahmen, aber für dieselben
Waren fast die gleichen Ausgaben! Die Folge davon ist,
daß so mancher Bedarfsartikel des Haushalts beim Er-
zeuger liegen bleibt. Also weniger Absatz, Steuer-
schwund, Anwachsen der Arbeitslosigkeit. Aber das ist es
nicht allein, wie steht es mit der eigenen Lage? Fast jede
Beamtenfamilie hat Ratenzahlungen, also Schulden.
Diese werden bei einer Deflation nicht kleiner. Ruhnie-
her einer Deflation sind die Kreise, die Geld ansammeln
konnten. Zu diesen Kreisen gehört weder der Arbeiter
noch der Durchschnittsbeamte.

Wehren wir uns damit gegen berechtigtes Notopfer?
Ich glaube gezeigt zu haben, daß die Beamten der
Kriegsgeneration Notopfer gebracht haben. Ebenfalls bin
ich der Meinung, daß der Beamte weiterhin dem Grund-

sage: Gemeinnutz geht vor Eigennutz, treu bleibt. Aber hier kommen mir die Zweifel. Wird ein Gehaltschwund wirklich der deutschen Gesamtheit Nutzen bringen? Wenn ja, dann ist das Notopfer selbstverständliche Pflicht. Wenn nein... nun, wer vermag das „Ja“ zu beweisen, darf man da Zweifel am Sinn des Beamtenopfers als Egoismus auslegen?

Es wäre nicht recht, wenn wir Festbesoldeten abstreiten wollten, gegenüber anderen Berufsschichten augenblicklich noch eine gewisse Sicherheit zu haben. Deshalb sollen wir einen Blick für die Nöte anderer haben, auch wenn wir vielleicht erfahren müßten, daß sich unserer Not keiner erbarmte. Aber wirklich Abhilfe schaffen kann man schließlich nur hier und da, und oft bleibt's Versuch. Auf diesem Wege gab mir ein Sonderfall Veranlassung, darüber nachzudenken, daß das Problem: Arbeitslosigkeit, mit den Mitteln der Arbeitsbeschaffung allein nicht gelöst werden kann.

Seit Jahren sind Instandsetzungsarbeiten in meiner Schule fällig. Die Ausführung wird auf „günstigere“ wirtschaftliche Zeiten verschoben, staatlicher Zuschuß wird erbeten, nach längerer Zeit auch bewilligt. Im Orte ist ein Malermeister (Familienvater mit 5 Kindern) arbeitslos. Er bezieht wöchentlich 19,— RM Unterstützung. Als Leidensgefährte (ehemaliger Kriegsgefangener, der in den Straflagern Frankreichs schwerster Mißhandlung ausgelegt war!) möchte ich ihm helfen, denn bei ihm ist Not und hier bei mir die Möglichkeit, vermittelnd einzugreifen, damit dem Manne vor Weihnachten etwas Verdienst wird. Aber Arbeitsnot und Arbeitsmöglichkeit können zusammen nicht kommen, das Wasser, d. h. der Strom des heiligen Bürokratismus, ist viel zu tief. Nimmt der Mann die Arbeit jetzt voll auf — und das Wetter wäre ihm noch günstig — aber die Menschen! Na, ja, Schwamm drüber, sagen wir, die Bestimmungen lassen es nicht zu. Der Malermeister muß Wege hacken, damit er seine 19,— RM bekommt in der Woche. Die Arbeit? Nun ja, was braucht der Beamte zu seinem vielen Gelde auch eine laubere Wohnung. (Denn daß er dafür Miete zahlt, wissen die wenigsten.)

Wir haben oft in Gefangenschaft gesagt: Warum denn einfach, wenn's auch umständlich geht! Diesen Gedanken, der mir bei meiner Erfahrung in den Sinn kam, übertrage man auf viele Einzelfälle und man wird daraus die Konstruktion der gesamten verfahrenen Lage erkennen. Es gibt kein Allheilmittel, das die Wirtschaftsnot mit einem Schlage beseitigt! Wir brauchen Menschen, die dem Drachen der Verantwortungslosigkeit, der sich hinter x-beliebigen Körperschaften und Paragraphen versteckt, mit dem Schwerte des Gewissens entgegenzutreten. Denn Wissen um die Not des Nächsten schafft Gewissenspflicht, wenigstens den Versuch zur Abhilfe zu machen. Wer da weiß Gutes zu tun und tut es nicht, dem ist es Sünde!

Von diesem Standpunkt aus erkenne ich, daß der Christliche Volksdienst — mag man in einzelnen Ausprägungen ihm kritisch gegenüber stehen — aus Wissen um die Not des Volkes heraus, es sich zur Gewissenspflicht macht, nach Abhilfe zu suchen. Möge er der Heilige Georg sein, der im deutschen Freiheitskampf den Drachen der Not überwindet. Georg Behnert.

Volksnot und Kirche.

(Ein Thema in Variationen.)

Die diesjährige Dortmunder Arbeitslagung der westfälischen Inneren Mission der evangelischen Kirche ist beendet. Sie hat in vier Tagen, teils gleichzeitig, teils nacheinander, die Vertreter fast aller Zweige der kirchlichen Arbeit nach Dortmund geführt, die in einer fast unübersehbaren Fülle von Fachsitzungen die verschiedenen Auf-

gabenbereiche behandelten. Nach dem Auftakt der öffentlichen Versammlung am Sonntag, den 30. 11. mit dem Thema: Arbeitsnot — Volksnot, war den Fachgruppen das folgende Arbeitsprogramm aufgegeben: Männliche Diakonie und Männerdienst, Weibliche Diakonie und Frauenarbeit, Männliche und weibliche Jugendarbeit, Evangel. Gefährdetenfürsorge, Erziehungsanstalten, Evangl. Handarbeitschulen, Sittliche und soziale Notstände, Heile, Pflege- und Krankenhäuser, Evangelischer Kinderpflegerverband, Gefangenenhilfe, Herbergsverband, Arbeiterkolonien, Bahnhofsmission und Bahnhofsdiens. Evangelischer Landesarbeitsdienst, Volksmission, Evangelische Volksbildungsarbeit, Kirchliche Jugend- und Wohlfahrtsämter.

Sozial Fachsitzungen, sozial Variationen zu dem Grundthema: Volksnot und Kirche. Keine, in der nicht die Volksnot, wie sie in der chronischen Erwerbslosigkeit und Wirtschaftsnot mit ihren Gefahren für die äußere Existenz und seelische Struktur Unzähliger zum Ausdruck kommt, ihren Ausgang genommen und in ihrer Bekämpfung und Überwindung ihren Zielpunkt gefunden hatte. Alle Fachgruppen werden heute vor die Frage gestellt, wie weit sie in der Lage sind, äußerlich und innerlich ihre Einrichtungen in den Dienst dieser Aufgaben zu stellen.

Sie werden heute nicht nur von ausgesprochen kirchlichen Kreisen in Anspruch genommen. Die katastrophalen Erscheinungen der jetzigen Lage, die symptomatisch die Ohnmacht des verarmten deutschen Staates bekunden, haben das Verständnis für die Notwendigkeit der freien Wohlfahrts-, Erziehungs- und Bildungsarbeit als Ergänzung der staatlichen Organisation in weitesten Kreisen wieder geweckt. Auch die Erkenntnis hat sich heute weithin durchgesetzt, daß die Entwicklung der letzten Jahrzehnte mit der einseitigen Hegemonie von Wirtschaft und Technik unter gleichzeitiger Vernachlässigung der seelischen und religiösen Kräfte eine Fehlentwicklung war. Die zur Hilfe gerufene und von jeher im Kampf gegen ungezählte Notstände stehende Kirche hat in dieser Lage sowohl grundsätzlich als praktisch Pflicht und Möglichkeit, die geistigen Wurzeln dieser Fehlentwicklung blozulegen und die aus deren Erkenntnis sich ergebenden praktischen Konsequenzen zu zeigen.

Im seinem einleitenden Referat gab der Vorsitzende des Provinzialverbandes der westfälischen Inneren Mission, Konfistorialrat Lic. D. Symmen in grundsätzlichen Ausführungen ein Bild der Lage. Die Wirtschaftsnot sei das Endergebnis einer Vergähung der Wirtschaft zufolge deren das Bewußtsein für die schöpfungsgemäßen Gottesordnungen abhanden gekommen sei. Damit sei auch der Wille zum gemeinsamen Tragen verloren gegangen. Die Beugung unter jene Gottesordnungen und das Bewußtsein der durch sie gesetzten Einheit könne ihn allein wieder wecken. Die Überwindung der Not müsse daher im Inneren beginnen. Jetzt, wo der berechtigte Ruf nach Recht und Gerechtigkeit angesichts der Ohnmacht der staatlichen Organisation weithin ohne Antwort bleibe, sei die Stunde gekommen, in der Recht und Pflicht der Barmherzigkeit wieder ins Licht trete als unabweisliche Pflicht der Menschen und Gemeinden, die Gottes Wort gehorchen sein wollen, als Recht und Pflicht der Kirche. Der Hilfsdienst in der Not müsse wieder verstanden werden als heiliger Opferdienst vor Gott. Aus dieser Grundeinstellung heraus müssen die Einzelnen und Gemeinden jeden möglichen Weg der praktischen Hilfe beschreiten. — Von der Fülle der Wege berichteten dann auch die oben erwähnten Fachsitzungen. Um sie zu beschreiben und soviel als möglich zu helfen, bedarf es jetzt des stärksten Solidaritäts- und Verantwortungsgefühls der evangelischen Gemeinden in den kommenden Monaten.

Ein anderer, der auch einmal vor nicht sehr langer Zeit ein bedeutendes Buch über Faust geschrieben hat, Karl Wizenmann legt 2 umfangreiche Bände, „**Seelung und Heiligung**“ (Greiner u. Pfeiffer, St., 30,—), vor. Es ist nicht leicht, der Fülle beider gerecht zu werden. Kosmische Gedankengebäude, Nahrungsmittellehre, Wesen, Gestalt des Menschen nach Leib, Seele und Geist, Erkrankungen aller drei und ihre naturgemäße Heilung. Fraglos ein schwerwiegendes Werk. Mir scheinen insbesondere die Teile von Wert zu sein, die über seelische und geistige Fragen handeln, mindestens anregend und bereichernd in der Gedankenführung. Besonders Wert verleiht jedoch für nicht wenige dem Buch der Umstand, daß eine ausführliche Heilpflanzenkunde und ihre homöopathische Anwendung darin enthalten ist.

Den ungeheuren Wert gesunder Gemeinschaftsbildungen belegt mit auch für uns ertragreichem Erfahrungsmaterial aus der Arbeit der äußeren Mission. Br. Gutmann in „**Freies Menschentum aus ewigen Bindungen**“ (Bärenreiter, 4,—). Man wünschte Gutmanns ganzes Schrifttum recht unter die Leute, die es angeht. Er ist Bahnbrecher einer neuen volkstümlichen Verantwortung der missionarischen Verkündigung.

Von Bindungen und Bindungen im Sinne der Schöpfungsgemäßheit alles Lebens zu sprechen, unternimmt auch M. v. Tilling immer wieder. Mit in diese Reihe schlägt die Deutung der Bergpredigtgedanken, bei Steinhilpfer erschienen (1,—) unter dem Titel „**Von der besseren Gerechtigkeit**“. Zugrunde liegen unter Ausfaltung jeder Textkritik die Worte der Lutherbibel. Worte und Anschauungen aus dem Alten Testament, die einst unausgesprochen doch in Lehrer und Zuhörer mitschwingen, zieht die Verfasserin herbei und gewinnt, ohne eigenmächtig anzudeuten oder Abstriche zu machen, ihre Auslegung aus der Bibel selbst. Sie läßt den Leser etwas von dem Erschrecken der ersten Hörer der Bergpredigt fühlen. — Sehr lesenswert ist dazu die „**Kurze Besprechung des Vaterunsers oder des Reichsgebets**“ von Blum-

Deutsche Kriegsschuld widerlegt.

Vertragsrevision eine notwendige Folge. — Entschließung einer französischen Organisation.

Eine französische Friedensorganisation faßte in Paris eine Entschließung gegen die Friedensverträge von Versailles, in der es heißt:

Wir sind der Auffassung, daß diese Verträge den besiegten Nationen aufzuzwingen wurden, ohne daß ihre Vertreter sich hatten Gehör verschaffen können, eine Tatsache, die in der Geschichte der Völker beispiellos dasteht.

Durch Artikel 231 hat der Versailler Vertrag Deutschland und seine Verbündeten gezwungen, sich schuldig zu bekennen, freiwillig den Krieg hervorgezogen zu haben. Diese Schuld beruhte hauptsächlich auf der Annahme, daß die allgemeine Mobilisierung des österreichischen Heeres vor der allgemeinen Mobilisierung des russischen Heeres erfolgt sei.

Diese Annahme ist heute völlig entwertet worden, denn es ist erwiesen, daß die allgemeine Mobilisierung des russischen Heeres, die vom Jaren am 30. Juli unterzeichnet wurde, die erste aller Mobilisierungen gewesen und zwölf Stunden vor der des österreichischen Heeres erfolgt ist, wie das auch Poincaré in seinem letzten Erinnerungsband zugibt. Die offizielle Anerkennung dieses Faktums bildet neben anderen Tatsachen ein neues Faktum, das ausreicht, um die Revision der Friedensverträge zu rechtfertigen.

Rettung der Strafrechtsreform?

Das neue Strafgesetzbuch als Antrag dem neuen Reichstag vorgelegt.

Bekanntlich ist der Reichstagsauflösung im Juli auch die Strafrechtsreform zum Opfer gefallen. Um zu verhindern, daß der neue Reichstag mit der Strafrechtsreform nochmals von vorne anfangen muß und um die Arbeit von zwei Reichstagen zu retten, hat jetzt der frühere Vorsitzende des Strafrechtsausschusses, Abg. Dr. Kahl, mit Unterstützung der Fraktion der Deutschen Volkspartei das ganze Strafgesetzbuch als Antrag im Reichstag eingebracht.

Der frühere Strafrechtsausschuß hatte bekanntlich bereits die erste Lesung der Strafrechtsreform abgeschlossen. Auf dieser Grundlage ist der Entwurf des Abg. Dr. Kahl aufgebaut. Er gibt die Beschlüsse erster Lesung des Strafrechtsausschusses in der Fassung wieder, die sie auf den Strafrechtskonferenzen mit Österreich erhalten haben. Soweit auf den Strafrechtskonferenzen keine übereinstimmenden und endgültigen Beschlüsse zustande gekommen sind, sind die Beschlüsse des deutschen Reichstagsausschusses in erster Lesung und, soweit auch in der ersten Lesung des deutschen Strafrechtsausschusses eine endgültige Beschlussfassung nicht stattgefunden hat, die Fassung der ursprünglichen Regierungsvorlage übernommen worden.

Die Antragsteller hoffen, daß es möglich sein wird, den nun vorliegenden Entwurf einem neu zu bildenden Strafrechtsausschuß des Reichstags zu überweisen, um dort auf der bereits im alten Reichstag gewonnenen Grundlage die Reform zum Abschluß zu bringen.

Politischer Mord in Kalkutta.

Der Generalinspektor der Gefängnisse in seinem Amtszimmer erschossen.

In Kalkutta wurde Oberstleutnant Simpson, der Generalinspektor der Gefängnisse der Präsidienstadt Bengalen, in seinem Amtszimmer von drei Bengalesen erschossen. Die Mörder wurden in dem Gebäude gefasst. Es kam zu einem Kampf, bei dem ein Beamter namens Nelson schwer verwundet wurde. Als sich die Mörder verloren sahen, richteten sie die Waffe gegen sich selbst. Zwei von ihnen waren auf der Stelle tot, der dritte ist schwer verletzt und wurde in das Polizei-Gefängnis eingeliefert.

hard (Philadelphia, St., 1,25). Besonders bedeutsam wird das Buch dadurch, daß es uns den Reichsgottesgriff Blumhards in prägnanter Form näher bringt, die Abhandlung vom Beten, überhaupt die Behandlung der verschiedenen Bitten, machen das Büchlein zu einem wirklichen Schatzkästlein.

Anschaulichkeit, Lebendigkeit und Tiefe sind Kennzeichen der Reithmüllerschen Passionszonen und Abhandlungen: „**Des Todes Tod**“ (Burkhardt, 4,—), neben Tiegels „**Brannte nicht unser Herz**“ (Dahn, 6,—) einer der wertvollsten Beiträge zur Verkündigung der Leidensgeschichte in neuer Sprache.

Letzteres darf man auch Fr. Engelke nachrühmen. Darum der Hinweis auf seine beiden kleinen Büchlein: „**Jesu Art und unsere Art**“ (Agentur, 1,50). Eine feine Herausarbeitung, inwiefern Jesu Art ein Kraftgeschick für unsere Entartung bedeutet, am Gegenfah und seiner Erfüllung erwiesen. Die andere kleine Konfirmationschrift „**Siehe ins Leben**“ (Agentur, 0,25) wendet sich nicht so sehr an die von Haus aus religiös und kirchlich eingestellten Konfirmanden, sondern an die, deren es heute sehr viel mehr gibt, die der Konfirmation kühl, kritisch, ablehnend gegenüberstehen. Die Schrift vermeidet deswegen bewußt die übliche religiöse Sprache und versucht, ausgesprochen nüchtern an die Sache, auf die es ankommt, heranzuführen. Gerade das ist so wertvoll! — In neuer Auflage liegen vor die Briefe „**Vom Sinn des Lebens**“, von Dr. Paul Jaeger (Salzer, S., 3,40). Das Buch ist bei aller religiösen Belehrung, die es birgt, ein geradezu hervorragendes Buch der religiösen Unterhaltung geworden, nicht nur für die Jugend, sondern gerade für jeden Erwachsenen. Das schöne Buch ist ein sehr geeignetes Geschenk für jeden Menschen, der nach Verinnerlichung sucht. Es redet nicht „über“ Jesus, sondern führt zu ihm hin, in einer geradezu persönlichen Art.

Fortsetzung folgt.

Widerlegt.

olge. — Ent-
organisation.

isation fahte in
iedens,verträge"

Verträge den be-
n, ohne daß ihre
en können, eine
Böller beipiellos

erfallter Vertrag
gezwungen, sich
Krieg hervorge-
hte hauptsächlich
die Mobilisierung
gemeinen Mobili-
ei.

entwertet wor-
allgemeine Mobi-
vom Zaren am
ste aller Mobili-
den vor der des
das auch Po.n-
und zugibt. Sie
us bildet neben
n, das ausreicht,
zu rechtfertigen.

Stresreform?

dem neuen Reichs-

auflösung im Juli
er gefallen. Um
tag mit der Straf-
gen muß und um
retten, hat jetzt
sausschusses, Abg.
raktion der Deut-
esbuch als An-

hatte bekanntlich
rechtsreform abge-
der Entwurf des
bt die Beschlässe
es in der Fassung
konferenzen mit
auf den Strafsch-
und endgültig
ind die Beschlässe
in erster Lesung
ung des deutschen
Beschlusses, Abg.
der ursprünglichen
ben.

möglich sein wird,
nem neu zu bil-
ichstags zu über-
n alten Reichstag
zum Abschluß zu

Kalkutta.

er Gefangnisse

erschossen.

ant Simpson, der
von Präsidenten
von drei Benga-
n in dem Gebäude
bei dem ein Be-
undet wurde. Als
sahen sie die Wä-
ren auf der Erde
und wurde in das

sonders bedeutsam

den Reichsgottesbe-

m näher bringt, die

die Behandlung der

Büchlein zu einem

Tiefe sind Kenn-

igen und Abhand-

dhhaus, 4.—), neben

(Dahn, 6.—) einer

ündigung der Lei-

ngelke nachrühmen.

n kleinen Büchlein:

ur, 150). Eine seine

rt ein Kraftgeschenk

Gegenstand und seiner

eine Konfirmations-

r, 0,25) wendet sich

aus aus religiös

firmanten, sondern

viel mehr gibt,

kritisch, ablehnend

vermeidet deswe-

sprache und versucht,

che, auf die es an-

ist so wertvoll —

iefe „Vom Sinn des

lger, S. 340). Das

ung, die es birgt, ein

religiösen Unterhol-

Begnadigung in Moskau.

Wie wir bereits gestern berichteten, sind in dem Mos-
kauer Prozeß gegen die 8 Ingenieure und Professoren
5 Todesurteile ausgesprochen worden. Es wurde den
Verurteilten anheimgestellt, binnen 72 Stunden ein Ge-
nugesuch an das Zentralexekutivkomitee einzureichen.

Die Urteilsbegründung hob hervor, daß
in geschlossener Sitzung bezüglich der Beziehungen der
Industriepartei zu französischen Agenten die Anklage
ihre „volle Bestätigung“ gefunden habe. In der An-
klageschrift waren Kamin und Kalinitow, denen Spio-
nage für Frankreich zum Vorwurf gemacht worden war,
als Angehörige des amtlichen französischen Spionage-
dienstes bezeichnet worden. Da nun in dem Urteil
ausdrücklich betont wird, daß alle Punkte der An-
klage als erwiesen zu betrachten seien und der Sowjet-
regierung von dieser Tatsache Mitteilung gemacht wer-
den soll, so ist anzunehmen, daß in der nächsten Zeit
diplomatische Schritte der Moskauer Regierung in
Paris erfolgen werden, die sich mit den Hintergrün-
den des Prozesses beschäftigen.

Außerhalb Russlands wird dieses Urteil als un-
geheuerlich empfunden werden, bestehen doch begrün-
dete Zweifel an der Schuld der Angeklagten, wenig-
stens soweit es sich um die in der Anklage behandelten
Punkte handelt. Da die Urteilsbegründung, dem Zweck
des ganzen Prozesses entsprechend, das Hauptgewicht
auf die Außenpolitik legt, darf man wohl erwarten,
daß die Vollstreckung der Todesurteile ausbleiben wird.
Das diplomatische Nachspiel dagegen kann sehr leicht zu
schweren politischen Zusammenstößen zwischen Moskau
und Paris führen.

Protestzug

der Nationalsozialisten gegen den Film „Im Westen
nichts Neues“. — Goebbels Protestrede.

— Berlin, 8. Dezember. Auf dem von Tausenden um-
füllten Wittenberg-Platz hielt Dr. Goebbels am Mon-
tagabend seine angekündigte Protestrede gegen den Film
„Im Westen nichts Neues“. Es sei eine Kulturschande, so
erklärte er, die kein Deutscher und kein Frontsoldat an-
sehen könne und werde, daß ein Film, der den besten Sol-
daten aller Zeiten, den deutschen Frontsoldaten, herun-
terreißt, überhaupt aufgeführt werden könne. Aber man
sei ja gewöhnt, daß die deutsche Regierung dem Volke
kein Brot, sondern günstigenfalls derartige Kulturschand-
male schenke. Es sei eine Willkür, an der die
Nationalsozialisten niemals teilhaben würden, daß die
Regierung diesen Film für gut halte, weil er in Paris
keinen Anstoß erregt habe. Nach Gedankworten für die
Gefallenen und dem Absingen der ersten und vierten
Strophe des Deutschlandliedes formierte sich ein endlo-
ser Zug, der zum Zeichen des Protestes durch die west-
liche Stadt zog. Die Polizei hielt sich während der Kund-
gebung zurück.

Der Protestzug, den die Nationalsozialisten im An-
schluß an die Rede ihres Führers Dr. Goebbels gegen
den Film „Im Westen nichts Neues“ durch die west-
liche Stadt unternahmen, verlief ohne Zwischenfall. Zu
kleineren Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten
und Polizei kam es um Mitternacht, als nach Beendi-
gung der Neum-Uhr-Vorstellung des Remarque-Films der
Zustrom der Nationalsozialisten zum Hollendorfsplatz er-
neut einsetzte. Vier Feuerlöschzüge, die einmal den
Hollendorfs-Platz rundeten, brauchten aber nicht in Tätig-
keit zu treten. Polizeibeamte räumten mehrere Lokale
mit dem Gummiknüppel.

Dingeldey gegen Braun.

Im Rahmen einer Tagung des Wahlkreisverbandes
des Magdeburger-Anhalts der Deutschen Volkspartei
äußerte sich der neue Vorsitzende der Volkspartei,
Dr. Dingeldey, über die Politik der Partei. Redner
forderte u. a. eine Stärkung der Gewalt des Reichs-
präsidenten gegenüber der Allmacht des Parlaments
und die Einsetzung der nationalsozialistischen
Kräfte in den positiven Ausbauprozeß. Von der Po-
litik der preussischen Regierung befürwortete Dr. Dingel-
dey eine einheitliche staatspolitische Verwaltung bei
der jungen Generation.

Im außenpolitischen Teil seiner Rede bezeichnete
Redner es als verständlich, daß große Teile des deut-
schen Volkes, insbesondere der deutschen Jugend, sich
spontan aufbäumen gegen das Gefühl, daß Deutsch-
land nur der Spielball fremder Willkür sei. Es
müsse auch dem Ausland verständlich sein, wenn
Deutschland verlange, daß fremdenhaften Grausamkeiten
von der Art der polnischen sehr bald Sühne und
Wiedergutmachung folgen. Auch in Paris möge man
sich darüber klar sein, daß alle berechtigten, den Volks-
frieden auf das ernsteste bedrohenden Vorgänge zur
letzten Ursache

die ungerechte Grenzziehung im deutschen Osten
hätten. Bei aller berechtigten Empörung dürfe je-
doch das Auswärtige Amt seinerseits nur solche Ge-
genmaßnahmen ergreifen, die nicht in noch stärkerem
Maße zu einer Schädigung des Auslandsdeutschums
führten. Eine baldige Revision der Friedens- und
Tributverträge sei unerlässlich.

Abg. Dingeldey bei Bräunung.

— Berlin, 9. Dez. Wie wir erfahren, hat Reichs-
kanzler Dr. Brüning den Führer der Deutschen Volk-
spartei Dingeldey empfangen. Die Besprechung dürfte
der Magdeburger Rede Dingeldeys und der gesamten
politischen Lage gewidmet haben.

Keine Hinrichtungen in Moskau.

— Moskau, 9. Dezbr. Der Zentralvollzugsaus-
schuß der Sowjetunion hat die fünf im Moskauer
Schauprozess zum Tode verurteilten Professoren zu
zehn Jahren Gefängnis und die drei zu zehn Jah-
ren Gefängnis verurteilten zu acht Jahren begnadigt.

Rachetat eines Georgiers.

Der ehemalige georgische Innenminister in Paris er-
mordet.

— Paris, 9. Dezember.

Auf offener Straße wurde in Paris der ehemalige
georgische Innenminister Koe Mamich Wili von dem
etwa 35-jährigen Arbeiter Tschanubadze Parmeny durch
zwei Revolvergeschüsse niedergestreckt. Die Angeln trafen
den ehemaligen Minister mitten ins Herz und führten
sollt seinen Tod herbei. Der Täter wurde von Pas-
santen überwältigt und der Polizei übergeben. Das
Gesicht des Mörders war blutbedeckt, seine Kleider
waren bei dem Handgemenge in Fetzen gerissen worden.

Nach dem Ergebnis der polizeilichen Vernehmung
ist darauf zu schließen, daß bei der Tat sowohl po-
litische wie persönliche Beweggründe eine Rolle ge-
spielt haben. Tschanubadze behauptete, seit acht Mo-
naten auf eine Gelegenheit, den ehemaligen Innenmi-
nister ums Leben zu bringen, gewartet zu haben, weil
er ihn für denjenigen halte, der Georgien den Sowjets
ausgeliefert habe. Diese Erklärung steht freilich im
Widerspruch zur Ansicht verschiedener Persönlichkeiten
aus der Umgebung des Erschossenen, die den ehe-
maligen Minister als größten Gegner der bolschewisti-
schen Propaganda in Georgien und Tschanubadze als
einen Sowjetagenten bezeichnen.

Die Hölle von Brest-Litowsk.

Erschütternde Mitteilungen über die Behandlung der
politischen Gefangenen. — „Die meisten erlebten den
Schrecken einer Hinrichtungsnacht“.

— Warschau, 9. Dezember.

Eine Warschauer Zeitung veröffentlicht einen Ar-
tikel des sozialdemokratischen Senators Strug, in dem
folgende aufsehenerregende Mitteilungen über die Be-
handlung der Oppositionsführer im Militärgefängnis
von Brest-Litowsk gemacht werden:

Die Gefangenen wurden zwei Monate lang einer
systematischen Hungerkur unterzogen. Man
reichte ihnen eine ungenießbare und ekeleregende Kost
und diese noch dazu in sehr spärlichen Portionen; außer-
dem erhielten die Häftlinge nur ein Drittel der militä-
rischen Brotportionen. Viele Gefangene haben, von
Hunger gepeinigt, die Hälme ihres Strohsacks gefaut.
Fast alle wurden geschlagen und gemartert; manche
sind auch in abscheulicher Weise gepeinigt worden.

Die meisten erlebten den Schrecken einer Hinrich-
tungsnacht. Sie wurden nackt ausgezogen, mit dem
Gesicht zur Wand gestellt, um so auf den Tod zu war-
ten. Dann ertönte plötzlich ein Schuß, und eine Re-
volverkugel schlug neben ihrem Kopf in die Wand ein.
Sie lebten in Mähdier und tiefer Erniedrigung.

Als Schuldige bezeichnet Senator Strug die ver-
schiedenen polnischen Offiziere, die im Brest-Litowsk-
gefangnis den Beschleßerdienst ausgeübt haben.

Hitler-Rede in Stuttgart.

Die Ziele der nationalsozialistischen Bewegung. — Vor-
beimarsch der Schutzstaffeln.

In Anwesenheit des nationalsozialistischen Par-
teiführers Adolf Hitler fand in Stuttgart eine große
Kundgebung statt, zu deren Beginn die württem-
bergischen Schutzstaffeln der Nationalsozialisten, etwa
dreitausend Mann, an Hitler vorbeimarschierten. In-
gesamt nahmen 25 000 Menschen an der Kundgebung
teil. In seiner Rede in der Stadthalle führte Hitler
aus:

„Was die Massen unserer Bewegung zutreibt, das
ist das Gefühl, daß unser Volk wieder vor einem
Wendepunkt seiner Geschichte steht. An dem Zu-
sammenbruch Deutschlands und seinen Folgen sind
die in der NSDAP. zusammengeschlossenen Massen
unschuldig. Millionen Arbeitslose sind heute leben-
dige Ankläger gegen das System der Vernichtung un-
serer politischen Macht. Unsere Gegner sagen, daß
das Zusammengehen von Sozialismus und Nationalis-
mus unmöglich sei, aber wir haben dieses Wagnis
doch unternommen und die Berechtigung für unser
Wagnis hat das deutsche Volk uns heute schon aus-
gesprochen, indem es uns bei der letzten Wahl sechs-
halb Millionen Stimmen gab. Höchster Nationa-
lismus und höchster Sozialismus sind ein und
daselbe. Wir wollen unsere Bewegung weiterführen
und wenn das ganze offizielle Deutschland sich da-
gegen aufbäumen sollte. Unsere Bewegung bildet die
Plattform, auf der das dritte Deutsche Reich auf vol-
lender Grundlage entstehen kann. Unser Kampf gilt
vor allem dem Pazifismus, dem Internationalismus
und der Demokratie. Wenn unser Geist des Trozes
und des Widerstandes der Geist von Deutschland wäre,
so wäre Deutschland heute nicht mehr unfrei. Frank-
reich würde ganz anders mit uns reden als heute.“

Französische Saargelüste.

Die französische Vereinigung für das Saargebiet
nahm ihre Generalversammlung zum Anlaß, um öffentlich
gegen die Rückgabe des Saargebietes an Deutschland Stel-
lung zu nehmen. Der Vorsitzende Bardou trat für die
endgültige Beibehaltung des Saarstatuts und die Ver-
leugung des Völkerbundes ins Saargebiet ein. Das inter-
nationale Regime des Saargebietes, so behauptete er, bleibe
heute die „schwarze Garantie“ für den Frieden.

— Staatssekretär a. D. Dr. Weizsäcker, der Vorsitzende
des Reichsausschusses für Volksbildung, hielt in Paris
einen Vortrag über sporadische Fragen.

Erweiterung des Lebensraums.

Die Vorbedingung des deutschen Wiederaufstiegs. —
Statt Stabs-Stabilisierung: Ausgaben-Senkung.

— München, 9. Dezember.

Reichsbankepräsident a. D. Dr. Schacht sprach auf
der Jahresversammlung des Wirtschaftsrates der Deut-
schen Volkspartei über „schwebende wirtschaftliche und
finanzielle Fragen“ und führte dabei aus, während
Deutschland in einer Zeit, wo es ein reiches Land ge-
wesen sei, öffentliche Lasten in Höhe von 8,3 Mil-
liarden Mark getragen habe, habe es heute öffentliche
Lasten von 30 Milliarden Mark aufzubringen. 1913
seien 18,5 Prozent unseres Volkseinkommens in Ge-
stalt von Steuern und sozialen Abgaben abzuführen
gewesen, heute 45 Prozent.

Wenn jetzt im Haushalt eine Höchstgrenze für
die Ausgaben festgesetzt werde, dann bedeute das viel-
leicht eine Lebenskränkung, aber zum Wiederaufstieg
bedürfe es der Senkung aller Ausgaben.

Bei Besprechung der Kassenlage des Reiches er-
klärte Dr. Schacht, einen Fortschritt bedeute die Tat-
sache, daß man nicht wie im vorigen Jahr erst im De-
zember, sondern schon im Oktober gepumpt habe.

Eine Verkennung der Gefahren der Arbeitslosigkeit
sei es, die Arbeitslosigkeit nur als eine Konjunkturersei-
nung zu betrachten; sie sei vielmehr struktureller Art
und daraus ergebe sich, daß man dieses Problem nicht
auf dem Versicherungswege lösen könne. Wenn es uns
nicht gelinge, Lebensraum nach außen zu gewinnen, dann
werde uns niemals eine Beseitigung der Arbeitslosigkeit
gelingen.

Die innere Verschuldung bedinge heute schon wieder
einen höheren Zinsdienst als vor dem Kriege. Die Aus-
landschulden seien in einem Maße gewachsen, daß wir
heute nach Abzug aller Gegenschulden

17 Milliarden Mark Auslandsschulden

aufgehäuft hätten. Daß es bei einer solchen Auslands-
schuld unmöglich sei, Reparationen zu bezahlen, ergebe
sich selbstverständlich. Wenn wir gegenwärtig eine aktive Han-
delsbilanz hätten, so stiele sich doch ein Export-Überschuß
immer ein, wenn die Industrie, gezwungen durch einen
schlechten Inlandsmarkt, Waren um jeden Preis auf den
Weltmarkt werfe. Wenn die Frage unseres Außenhandels
seiner Lösung entgegengeführt werde, dann stoppe der
Young-Plan ganz automatisch. Es sei faktisch rich-
tig, nicht auf den Youngplan zu scheitern, sondern auf
seiner wirtschaftlichen Ausführung zu bestehen, denn
das führe automatisch zur Revision.

Scharfe Angriffe richtete der frühere Reichsbanke-
präsident dann gegen die Betriebe der öffentlichen
Hand. Wie weit heute in Deutschland die Bürokratie
von der Wirtschaft schon Besitz ergriffen habe, ersehe
man daraus, daß insgesamt 53 Prozent des Volks-
einkommens durch die öffentliche Hand laufe. Wenn
es unmöglich sei, gegen die Sozialdemokratie zu re-
gieren, sei es doch ebenso unmöglich, gegen die 20
Prozent unseres Volkes zu regieren, die bei der letzten
Wahl für die Rechte gestimmt hätten.

Zusätzlicher Unterricht für jugendliche Arbeitslose.

— Berlin, 9. Dez. Um zu verhindern, daß die beruf-
liche Ausbildung der jugendlichen Arbeitslosen leidet,
sollen nach einem Erlass des preussischen Handelsmini-
sters die von der Berufsschulpflicht erfassten arbeits-
losen Jugendlichen einen Zusatzunterricht von 12—18
Stunden wöchentlich und die nicht von der Berufs-
schulpflicht erfasste Jugend einen solchen bis zu 24 Stun-
den erhalten.

Italienischer Dampfer explodiert.

Bei der Insel Belle Ile. — 14 Matrosen ertrunken.

— Lorient, 9. Dezember.

In der Nähe der nordöstlich von Belle Ile ge-
legenen Goulet-Ansel explodierte der italienische Dampfer
„Artiglio“ und versank; 14 Mann der Besatzung
kamen um. Ein zur Zeit der Katastrophe in der
Nähe der Unglücksstelle befindlicher Dampfer eilte so-
fort herbei. Sieben Mann der Besatzung des unter-
gegangenen Schiffes wurden gerettet; ferner sand man
an der Unglücksstelle die Leiche eines Tauchers.

Das Unglück soll sich über dem Bruch eines Mu-
nitionsdampfers ereignet haben, der dort während
der Kriegsjahre versenkt worden ist. Der „Artiglio“
hatte eine Anzahl Minen ausgelegt, um das Bruch
des alten Munitionsdampfers, bei dem es sich um ein
italienisches Fahrzeug handelte, zu sprengen und da-
durch die Schiffsfahrtsrinne freizumachen. Bei den wei-
teren Arbeiten muß dann eine Explosion der auf dem
versenkten Schiff befindlichen Munition ausgelöst wor-
den sein.

Die Nebel-Katastrophe. — Schon 85 Tote!

— Lüttich, 9. Dezember. Die rätselhaften Todes-
fälle im belgischen Maastal haben sich bis jetzt auf
85 erhöht. Die Staatsanwaltschaft hat eine Unter-
suchung gegen Unbekannt eingeleitet, um ein etwaiges
Verschulden von Industriewerten festzustellen. Nebri-
gens soll die Gegend von Lüttich bereits in den Jahren
1902 und 1911 von einem solchen rätselhaften Nebel
heimgesucht worden sein, der ebenfalls Todesopfer
forderte.

Neuer Sprengstoffprozeß.

Wegen der mißlungenen Anschläge in Neumünster und
Bad Odesloe.

Vor dem Schwurgericht in Altona begann der
sogenannte kleine Bombenlegerprozeß, bei dem es sich
um die mißlungenen — Attentate in Neumünster
und Bad Odesloe vom 15. März handelt.

Den Vorsitz führt Landgerichtsrat Dr. Hilde-
brand, die Verteidigung liegt in den Händen von
Dr. Luettgebrune, Dr. Drooge und Engel.

Angeklagt sind ein Chemiker Dr. Sellmann, ein
Kaufmann von Wilmowitz-Moellendorf, Sattler Koch,
Kaufmann Hambrod, Handlungsgehilfe Ammermann
und Angestellter Kroeger. Dr. Sellmann erklärte vor
Gericht, die Anschläge sollten zeigen, daß es noch
Männer gäbe, die nicht damit einverstanden seien,
daß Deutschland von auswärtigen Gläubigern abhängt
und seine Politik durch sie bestimmt werde. Da auf
legalem Wege keine Verrückung dieses Zustandes zu
erhoffen sei, habe er, Sellmann, nicht vor Attentaten
zurückgeschreckt. Ueber die Tat selbst verweigert der
Angeklagte nähere Angaben.

